Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Kurzanalyse

Jan Philipp Thomeczek

Überlappende Potenziale und Zweitpräferenzen bei der Bundestagswahl 2025

Schaffen Linke, BSW und FDP den Einzug in den Bundestag?

20. Februar 2025

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
NRW School of Governance
www.nrwschool.de

Redaktion/ Wissenschaftliche Koordination

Julia Rakers / Dr. Kristina Weissenbach
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 1285

Sekretariat

Lina-Marie Zirwes
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2018
lina-marie.zirwes@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ. Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

julia.rakers@uni-due.de

Zitationshinweis

Thomeczek, Jan Philipp (2025): Überlappende Potenziale und Zweitpräferenzen bei der Bundestagswahl 2025, Schaffen Linke, BSW und FDP den Einzug in den Bundestag? Kurzanalyse. Erschienen auf: regierungsforschung.de

Überlappende Potenziale und Zweitpräferenzen bei der Bundestagswahl 2025

Schaffen Linke, BSW und FDP den Einzug in den Bundestag?

Von Jan Philipp Thomeczek[1]

Der Bundestagswahlkampf 2025 zeigt ein Novum: Erstmals seit der systematischen Erhebung von Umfragedaten liegen mit der Linken, dem BSW und der FDP gleich drei Parteien in aktuellen Befragungen nahe der Fünf-Prozent-Hürde. Abgesehen von Repräsentationsdefiziten, die entstehen, sollten so viele Parteien an der Sperrklausel scheitern, wird diese Frage einen starken Effekt auf die Regierungsbildung haben. Mit nur vier Parteien im Bundestag dürfte es sicher für eine Mehrheit von Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün reichen, mit acht Parteien müsste sich in diesen Konstellationen noch ein Koalitionspartner dazugesellen. Entsprechende Koalitionsverhandlungen dürften schwierig werden: Weder die SPD noch die Grünen würden kurzfristig gerne noch einmal mit einer von Christian Lindner geführten FDP koalieren wollen. Die Einzugswahrscheinlichkeit bemisst sich auch anhand überlappender Potenziale, die in diesem Beitrag mithilfe von Daten aus der Online-Wahlhilfe Party-Check.org analysiert werden.

Die Ausgangslage von Linken, BSW und FDP könnte unterschiedlicher nicht sein. Die Linke wähnt sich – nach einer langen Strecke von Zustimmungswerten zwischen 3 und 4 % – seit zwei Wochen im Aufwind und scheint die besten Aussichten auf einen Wiedereinzug zu haben. Aktuelle Umfragen sehen die Partei bei bis zu 9 %, was vor dem Hintergrund, dass die Partei im letzten Juni nur 2,7 % bei der Europawahl gewinnen konnte, erstaunlich ist. Das BSW hingegen steht in den letzten Befragungen lediglich bei 4-5 %. Die Partei holte 6,2 % der Stimmen bei der Europawahl, zog in drei Landtage ein und sitzt in zwei Landesregierungen – zwischenzeitlich schien gar ein zweistelliges Ergebnis auch auf Bundesebene möglich zu sein. Die FDP hingegen lag innerhalb der letzten zwölf Monate am deutlichsten unter der Hürde, wobei sie bei der Europawahl gezeigt hat, dass sie mit 5,2 % noch das Potenzial hat, mehr als 5 % der Stimmen auf sich zu vereinigen.

Dabei ist auch die Art und Weise, wie Umfragen berichtet werden, entscheidend. In einer aktuellen Studie kommen Werner Krause und Christian Gahn zu dem Ergebnis, dass Parteien, deren Umfrageergebnis knapp an der Sperrhürde verortet ist, benachteiligt werden, wenn keine statistischen

[1] Dr. J. Philipp Thomeczek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Potsdam. Er forscht zu Wahlen, Parteien und Populismus. Aktuell befasst er sich gemeinsam mit Aiko Wagner mit der Etablierung des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) in seinem DFG-geförderten Projekt EtaPPP.

Unsicherheiten in Umfragen berichtet werden. Da dies in Deutschland gängige mediale Praxis ist, erscheint es möglich, dass Anhängerinnen und Anhänger von BSW und FDP noch zu anderen Parteien wechseln, weil sie die Einzugswahrscheinlichkeit ihrer Parteien unterschätzen. Der Politikwissenschaftler Maurice Duverger sprach hier von einem psychologischen Effekt des Wahlsystems. Doch auch das Gegenteil kann bei der Linken denkbar sein: Wer mit dem Gedanken gespielt hat, der Linken mit der Stimme über die Prozenthürde zu helfen, obwohl er oder sie eigentlich eine andere Partei favorisiert, könnte diesen Gedanken verwerfen, da die Linke scheinbar nicht auf Hilfe angewiesen ist. Das könnte im Effekt dazu führen, dass die Linke doch noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.

In den letzten Jahren hat sich zum Phänomen, mit der Stimme eine zweitpräferierte Partei zu wählen, der Begriff der „Leihstimmen" eingeprägt. Bis zur Bundestagswahl 2009, bei der Überhangmandate letztmalig nicht ausgeglichen wurden, war dies durchaus effektiv, da man durch strategisches Stimmsplitting gleich zwei Parteien stärken konnte. Durch die Einführung von Ausgleichsmandaten und die neu eingeführte Deckelung der maximalen Anzahl an Abgeordneten auf 630 ist dieses Potenzial stark zurückgegangen. Strategisches Stimmsplitting scheint nur noch in Wahlkreisen sinnvoll, die für die Grundmandatsklausel von Relevanz sind, wie beispielsweise in Treptow-Köpenick, Rostock II oder Erfurt II. Hier treten Gysi, Bartsch und Ramelow an, die mit gewonnenen Direktmandaten dafür sorgen könnten, dass Die Linke auch mit weniger als 5 % der Zweitstimmen in den Bundestag einzieht. Anhängerinnen und Anhänger der SPD oder Grünen könnten hier also mit ihrer Erststimme Die Linke und der Zweitstimme ihre präferierte Partei wählen, wenn sie der Linken beim Wiedereinzug helfen möchten.

Für die drei Parteien FDP, Linke und BSW sind also zwei Faktoren wichtig. Schätzen ihre Anhängerinnen und Anhänger die Chancen, dass die Parteien über 5 % der Stimmen gewinnen, gering ein, könnten diese noch kurzfristig zu anderen Parteien wechseln. Auf der anderen Seite könnten diese Parteien auch „Leihstimmen" von Anhängerinnen und Anhängern ihr wohlgesonnener Parteien erhalten. In beiden Fällen stellt sich die Frage: Bei welchen Parteien ist überhaupt eine Überlappung der Potenziale beobachtbar?

Party-Check: Online-Wahlhilfe zur Bundestagswahl 2025

Um uns dieser Frage zu nähern, habe wir Daten aus der Online-Wahlhilfe Party-Check.org analysiert, die wir gemeinsam mit Anna Kurella (Universität Mannheim) und Jochen Müller (Universität Greifswald erhoben haben. Im Party-Check werden Positionen der Userinnen und User mit denen der Bundestagsparteien sowie Volt und den Freien Wählern verglichen. Die Parteipositionen stammen hier aber nicht wie beim Wahl-O-Mat von den Parteien selbst, sondern aus dem Open Expert Survey (OES) 2025, einer groß angelegten Befragung unter Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern zur Verortung der deutschen Parteien. Die Parteipositionen, die im Party-Check verwendet wurden, beruhen dabei auf Einschätzungen von über 100 Personen, die sich an der Befragung beteiligt haben. Eine erste Auswertung der Parteipositionen findet sich hier.

Der Party-Check wurde bereits rund 33.000-mal genutzt. Über 27.000 Nutzerinnen und Nutzer haben dabei ihre Daten für die Forschung gespendet. Fast alle haben zusätzliche Hintergrundfragen zu soziodemografischen Einordnungen oder politischen Einschätzungen beantwortet. Über 10.000 haben dabei auch die Zusatzfragen bis zur letzten Seite beantwortet. Wir fokussieren uns in der folgenden Analyse neben der Wahlintention zur Bundestagswahl auch auf die sogenannten Propensity to Vote (PTV) Variablen für die Parteien. PTV kann als Wahlwahrscheinlichkeit übersetzt werden, denn hier werden Befragte gebeten einzuschätzen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass sie die jeweilige Partei jemals wählen würden. Dazu steht eine elfstufige Skala zur Verfügung, die sich von -5 bis +5 erstreckt.

Vor der Analyse sei darauf hingewiesen, dass dies keine repräsentative Stichprobe ist, sondern wir die Antworten der Party-Check Nutzerinnen und Nutzer auswerten. Dabei sind Verzerrungen – vor allem in der Effektstärke – erwartbar, ohne dass wir die Validität unserer Rückschlüsse damit grundsätzlich in Frage stellen.

Überlappende Potenziale: Analyse mithilfe der PTV-Variablen

Da es sich bei der Wahlwahrscheinlichkeit um eine metrische Variable handelt, können Korrelationen berechnet werden. Auf diese Weise kann analysiert werden, wie stark die berichtete Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei positiv oder negativ mit der berichteten Wahlwahrscheinlichkeit für eine andere Partei einhergeht. Die Ergebnisse sind in Abbildung 1 zusammengefasst. Rote Farben stehen dabei für eine positive Korrelation und blaue für eine negative. Die Größe der Kreise und die Stärke der Einfärbung zeigt dabei die Stärke des Zusammenhangs an. Alle Zusammenhänge sind statistisch signifikant.

Der stärkste Zusammenhang überhaupt zeigt sich dabei zwischen der PTV für die FDP und der PTV für die Unionsparteien (CSU in Bayern, CDU in allen anderen Bundesländern) mit einem relativ hohen Korrelationskoeffizienten von 0,56. Eine leicht positive Überlappung ist auch zwischen der FDP und AfD zu beobachten. Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass die Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP negativ mit den Wahlwahrscheinlichkeiten der Parteien aus dem „linken Lager“ korreliert ist.

Ein Blick auf Die Linke zeigt, dass sie ein gewisses Potenzial bei anderen Parteien des linken Lagers besitzt, also SPD und Grünen. Negativ korreliert ist die PTV für Die Linke mit der PTV der Union.

Am interessantesten sind die Ergebnisse für das BSW, da hier keine eindeutige Lagerlogik zu beobachten ist. Es gibt eine eindeutige Überlappung mit dem Potenzial der AfD, allerdings – wenn auch in einem schwächeren Maße – ebenso mit dem Potenzial der Linken. Ein negativer Zusammenhang besteht mit der berichteten Wahlwahrscheinlichkeit für die Grünen. Da die Korrelationskoeffizienten grundsätzlich niedriger sind und Potenziale in verschiedene Richtungen angedeutet werden, zeigt sich das Bild einer heterogenen Wählerschaft.

Eine weitere, interessante Perspektive ist die auf Anhängerinnen und Anhänger der Freien Wähler und Volt. Dass die beiden Parteien in den Bundestag einziehen, ist sehr unwahrscheinlich – möglich

wäre es daher, dass hier noch ein Transfer in Richtung anderer Parteien stattfinden könnte. Das Potenzial der Freien Wähler überlappt sich in einem ähnlich starken Maße mit FDP, AfD, Union und BSW. Bei Volt sind sehr starke Schnittmengen mit den Grünen erkennbar, in schwächerem Maße auch mit SPD und Linken.

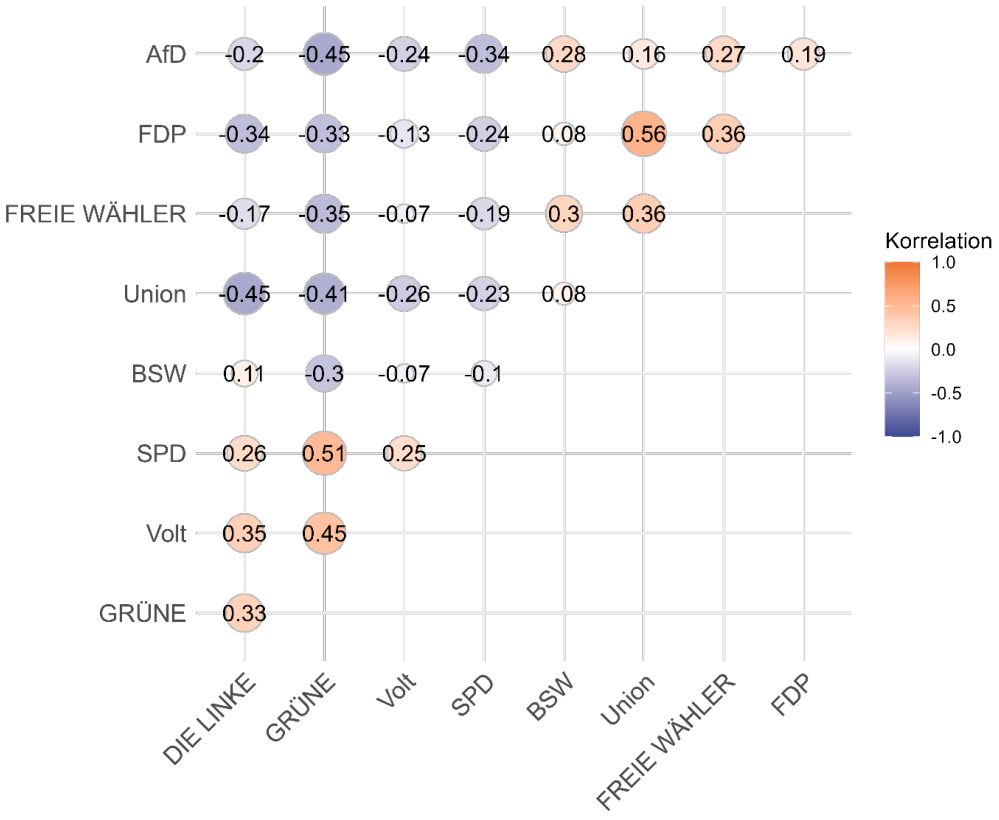

Abbildung 1. Korrelationsmatrix der Wahlwahrscheinlichkeiten.

Um die Potenziale innerhalb der Parteien genauer untersuchen, sind in Abbildung 2 die Mittelwerte der PTV-Wahlwahrscheinlichkeit (inkl. 95 % Konfidenzintervalle) aufgeschlüsselt nach Wahlintention dargestellt. Die Grafik zeigt also, wie hoch die selbst angegebene Wahlwahrscheinlichkeit für alle Parteien innerhalb der Gruppe der verschiedenen Parteianhängerinnen und Parteianhänger ausfällt. Hilfreich ist diese Art der Analyse beispielsweise zur Veranschaulichung, ob bestimmte Gruppe durchschnittlich positive oder negative Wahlwahrscheinlichkeiten für die (anderen) Parteien angegeben haben.

Auf den ersten Blick sind bereits positive und negative Durchschnittswerte gut erkennbar. Wenig überraschend sind die Grünen für SPDler die Zweitpräferenz und die SPD für Anhängerinnen und Anhänger der Grünen. Ein interessantes Bild ergibt sich bei der Union und der FDP: Wer als Wahlabsicht FDP angegeben hat, berichtete durchschnittlich eine relativ hohe und positive Wahlwahrscheinlichkeit für die Union. Umgekehrt gilt dies in einem deutlich schwächeren Maße: Unions-Anhängerinnen und -Anhänger haben die FDP zwar in der Regel als Zweitoption im Hinterkopf, aber

die Wahlwahrscheinlichkeit wird durchschnittlich nur mit 0 auf der Skala von -5 bis +5 angegeben. Kurzum, die FDP gilt hier als ein geringeres Übel für Unionsanhängerinnen und -anhänger, ohne als ernsthafte Wahlalternative wahrgenommen zu werden.

Ähnliches zeigt sich bei der Linken: Anhängerinnen und Anhänger der Linken können sich in einem stärkeren Maße vorstellen, SPD oder Grüne zu wählen, als dies für Grüne oder SPD-Anhängerinnen und -Anhänger für die Wahl der Linken gilt.

Wer angibt, das BSW wählen zu wollen, hat durchschnittlich die höchste Wahlwahrscheinlichkeit (neben dem BSW selbst) für SPD und Die Linke angegeben. Offensichtlich verfängt hier auch der außenpolitische Kurs von Olaf Scholz. Beide Werte befinden sich allerdings im negativen Bereich. Der Durchschnittswert für die AfD fällt auch deutlich negativ aus. Umgekehrt gilt dies auch für AfD-Anhängerinnen und -Anhänger für das BSW: Tatsächlich liegt der Durchschnittswert für das BSW hier knapp hinter der Union, nach der eigenen Partei auf Platz 3 eindeutig negativ. Übersetzt könnte man sagen: Wer AfD wählt, mag das BSW als deutlich bessere Alternative als beispielsweise die Grünen oder SPD wahrzunehmen, ohne dabei ernsthaft in Erwägung zu ziehen, das BSW auch zu wählen.

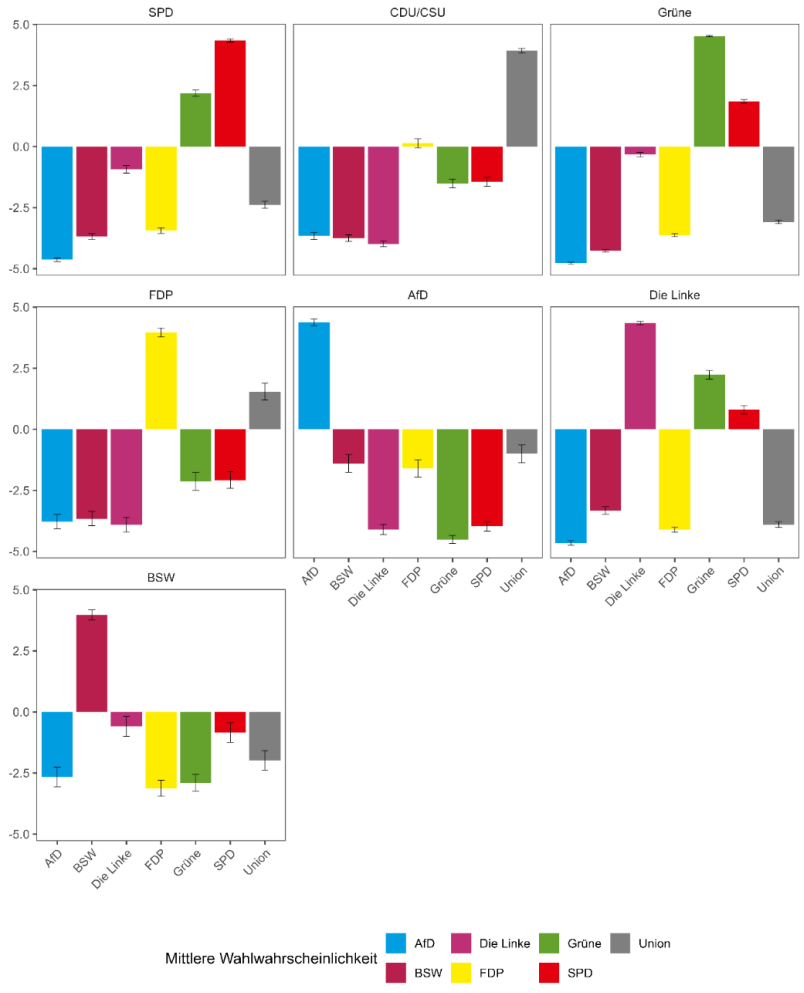

Abbildung 2. Durchschnittliche angegebene Wahlwahrscheinlichkeit nach Wahlintention zur Bundestagswahl.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es vor dem Hintergrund der Analysen eher wahrscheinlich scheint, dass Anhängerinnen und Anhänger von FDP, BSW und Linken noch zu einer größeren Partei wechseln als umgekehrt. Trotzdem sollte an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Ausgangslage so knapp ist, dass schon ein Last-Minute-Schwenk von wenigen zehntausend Stimmen ausschlaggebend sein kann, ob eine Partei in den Bundestag einzieht oder an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Hier könnten auch Anhängerinnen und Anhänger von Kleinstparteien wie Freie Wähler oder Volt eine Rolle spielen, da sie durch einen Wechsel in letzter Minute dazu beitragen könnten, dass eine der drei Parteien in den Bundestag einzieht. Das linksgerichtete „Campact" hatte beispielsweise dazu aufgerufen, dass eine Stimme für Volt eine verschenkte Stimme sei und dadurch der Einzug der Linken gefährdet werden könnte.